

**SPD Mainz-Bingen
Unterbezirksparteitag
11. Oktober 2014, Selztalhalle, Stadecken-Elsheim**

Antrag Nr. 1

Antragsteller: Unterbezirksvorstand Mainz-Bingen

Finanzielle Unterstützung des Bundes für die Kommunen im Rahmen der Flüchtlingsarbeit

Der SPD Unterbezirk Mainz-Bingen fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen.

- dass der Bund den Kommunen finanzielle Unterstützung für ihre Aufgaben im Rahmen der Flüchtlingsaufnahme gewährt;
 - dass die Flüchtlinge bundesweit dezentral untergebracht werden und hierbei eine Verteilung auf Städte und in die Fläche erfolgt;
 - dass der Zugang zu bestehenden Integrationsangeboten für alle Interessierten vereinheitlicht wird.

Begründung

Nie mehr seit dem Zweiten Weltkrieg waren so viele Menschen auf der Flucht wie aktuell. Alleine in Syrien verlassen 13 Millionen Menschen, mehr als die Hälfte der dortigen Gesamtbevölkerung, ihre Heimat. Und auch die Krisenherde im Irak, Afghanistan oder Eritrea zwingen die Menschen dazu, zu fliehen. – Vor Bürgerkrieg, Terrormilizen, Folter, Vergewaltigung, Hunger und Exekution. Und sie alle suchen eigentlich nur eines: Schutz. Die SPD vertritt die Ansicht, dass man sich dieser Not nicht verschließen darf. Nicht zuletzt auch aufgrund ihrer eigenen Geschichte, in der Sozialdemokraten Verfolgung und Folter erfahren mussten, ist sie sich darüber bewusst, dass das Recht auf Asyl als ein „Grundrecht der Menschlichkeit“ gewahrt werden muss. Dies muss auch die historische Pflicht der Bundesrepublik Deutschland sein.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge geht aktuell von bundesweiten Zugangszahlen in Höhe von rund 200.000 Asylsuchenden aus. Diese Menschen benötigen unsere Hilfe. Doch dies stellt die Länder und Kommunen vor große Herausforderungen. Alleine in Rheinland-Pfalz, das gemäß des Königssteiner Schlüssels 4.8% der

36 bundesweiten Flüchtlinge aufnimmt, werden bis Ende 2014 voraussichtlich etwa 9600
37 Asylbewerberinnen und Asylbewerber leben. Das Land steht hier vor einer finanziellen
38 Herausforderung in Höhe von 56 Millionen Euro jährlich. Und auch die Kommunen gehen
39 an ihre Grenzen. Im Landkreis Mainz-Bingen beispielsweise, müssen Unterkünfte für
40 derzeit 523 Flüchtlinge geschaffen werden. 323 dieser Menschen kamen alleine im Jahr
41 2014 in die Städte und Gemeinden. 136 weitere werden bis Ende des Jahres noch
42 erwartet.

43

44 Neben Sachleistungen fangen in den Kommunen auch viele Ehrenamtliche die
45 menschlichen Dramen auf, die der Odyssee der Flucht geschuldet sind. Die Bürgerinnen
46 und Bürger wollen helfen und finden sich in Nachbarschaftshilfegruppen, Lotsen-
47 Programmen und ähnlichem zusammen. Diese Ehrenamtlichen auch finanziell durch kleine
48 Aufwandsentschädigungen zu unterstützen, fällt den Kommunen zu.

49

50 Die SPD Mainz-Bingen fordert den Bund auf, hier den Kommunen finanzielle Unterstützung
51 zu gewähren, damit sie ihre Aufgaben im gebotenen Rahmen erfüllen können.

52

53 Die SPD Mainz-Bingen fordert, dass die Unterbringung der Flüchtlinge bundesweit
54 dezentral erfolgt. Hierbei ist zu beachten, dass im Sinne der „Lastenverteilung“ auch eine
55 Unterbringung in die Fläche, und nicht nur fokussiert in die Großstädte, veranlasst wird.

56

57 Der Zugang zu den bestehenden integrationspolitischen Maßnahmen stellt sich für
58 Flüchtlinge als uneinheitlich dar und hängt vom Aufenthaltsstatus der Menschen ab. Die
59 SPD Mainz-Bingen ist der Auffassung, dass dies vereinheitlicht werden muss. Wenn die
60 Schutzsuchenden in unseren Kommunen sind, müssen sie sich in ihrem dann im
61 unmittelbaren Lebensumfeld orientieren können und dürfen. Hierfür müssen zum Beispiel
62 der Integrationskurse die Integrationskurse verbindlich geöffnet, und gleiche Bedingungen
63 für alle geschaffen.